

### **Melanie Pallien, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank, Elke. – Die nächste Wortmeldung ist die von der Kollegin Wiebke Koerlin von der Gewerkschaft ver.di mit der Teilnehmernummer 359. Sie spricht zum Antrag Ä 001. Du hast das Wort, Wiebke.

### **Wiebke Koerlin**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich spreche für den Änderungsantrag, aber ich spreche zu zwei Themen. Ich möchte nämlich noch ein wenig auf den Antrag C 001 eingehen und dann aber auch begründen, warum ich meine, dass es zum Thema

politische Bildung auch noch mal eine klare Aussage der Gewerkschaften und des DGB geben muss, auch dort Ressourcen bereitzustellen.

Elke hat ja in einer wunderbaren Art und Weise jetzt schon sehr vieles dazu gesagt. Aber Wiederholungen über die Notwendigkeit der Bildung können eigentlich nicht schaden.

Bildung ist ein Grundrecht. Es ist das Recht jedes einzelnen Individuums, sich zu einem autonomen, selbstbewussten Menschen zu entwickeln. Bildung erst ermöglicht die Teilhabe an den Errungenschaften der menschlichen Kultur, und Bildung verhindert letztlich, dass Gesellschaften und die Menschheit wieder zurückfallen in eine Zeit ohne Menschlichkeit und ohne Kultur.

Bildung ist die Grundlage für Perspektiven, Chancen und Teilhabe. Die Bildung ist zentraler Faktor für die Gesellschaften in allen Perspektiven, aber auch für die Weiterentwicklung der Arbeitswelt und der Wirtschaft. Es misst sich auch das Handeln einer Gesellschaft, einer politischen Regierung daran – Elke hat es ausgeführt –, wie viel Geld in Bildung investiert wird. Deutschland hinkt mit 5,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die aufgebracht werden für Bildung, deutlich hinter einem Durchschnitt her, der irgendwo bei 6,7 Prozent liegt.

Als Vertreterin des Fachbereichs Bildung und Wissenschaft der Gewerkschaft ver.di bin ich sehr froh über diesen Beitrag. Der steht nämlich uns im DGB gut an, und zwar deshalb, weil sich dieser Antrag gegen die eklatanten Missstände und Rückstände Deutschlands in der Bildungspolitik und in der Bildungsfinanzierung ausspricht und die soziale Auslese unseres Bildungssystems anprangert, Bildung ganzheitlich in den Fokus stellt. Die Forderungen dienen den Zielen, die wir uns gestellt haben: Chancengleichheit realisieren, Bildungsbeteiligung ermöglichen, Durchlässigkeit verwirklichen und individuelle Förderung verstärken.

ver.di hat mal damit angefangen, zum Thema Bildungsfinanzierung mal den eben auch von Elke erwähnten nachgewiesenen Bedarf von 40 Milliarden Euro jährlich festzustellen. Wir brauchen die zur Stärke der frühkindlichen Bildung, zur Reform des Schulsystems, zur Stärkung der Berufsausbildung, zur Förderung der Weiterbildung, zum nachhaltigen Ausbau der Hochschulen und für Reformen, die Chancengerechtigkeit herstellen.

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft und in die Menschen. Finanzierbar ist das – selbstverständlich ist das finanzierbar – durch eine Reform des Steuersystems, durch ein Steuersystem, das mehr Steuergerechtigkeit und endlich einen Zufluss in das Bildungssystem durch wirkliche Steuermehreinnahmen bringt.

Ich habe das jetzt etwas gekürzt, weil Elke schon viel dazu gesagt hat.

Ich komme noch zum Antrag Ä 001. Der Teil „Mehr Investitionen in außerschulische politische Bildung“ beschreibt zu Recht, wie notwendig die politische Bildung ist, und beschreibt die Verantwortung von Bund und Ländern unter anderem für die Zentralen für politische Bildung, also die Verantwortung von Bund und Ländern bei der politischen Bildung. Der Antrag verlangt auch Bildungsfreistellungsgesetze. Auch da schließe ich mich an, dass wir tatsächlich die Forderung an die grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg stellen, jetzt schnellstens ein Bildungsfreistellungsgesetz auf den Weg zu bringen, (Beifall) weil wir bisher in allen SPD-geführten Ländern immer die Garantie hatten, dass dort Bildungsurlaubsgesetze gemacht werden. Da ist jetzt dringend etwas zu tun.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften sind aber auch selbst eine wichtige Säule der politischen Bildung, weil wir ja auch Anbieter und Durchführer von politischen Bildungsseminaren sind. Unsere Angebote sind Angebote an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich über wesentliche Entwicklungen der Gesellschaft zu informieren, diese mit Kolleginnen und Kollegen zu reflektieren, auszutauschen und sich individuell und gewerkschaftlich zu orientieren. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit fördert den Mut zu eigenem Handeln, zu einem gesellschaftlichen Handeln, es fördert Solidarität und es befördert den gewerkschaftlichen Diskurs. Angebote wie „Grenzenlose Solidarität - Barrieren und Wege gewerkschaftlicher Zusammenarbeit in Europa“ oder „Aktuelle Probleme der Wirtschaftspolitik – Die Krise ist noch nicht zu Ende“ oder „Rohstoffnachrichten – Wer steuert unser Weltwissen?“ macht kein anderer Anbieter. Da wird nämlich von uns aus Klartext geredet.

Deshalb habe ich noch in diesen Antrag hineingebracht, dass wir wenigstens sagen: Auch die innergewerkschaftlichen Ressourcen sind auszubauen. Ich finde es gut, dass mit dem Antrag andere aufgefordert werden, diesen Bereich zu stärken, aber wir selber sollten das auch weiterhin machen. (Beifall)